

Hauptabteilung Politik und Beratung
Team Innenpolitik

Berlin, 27. September 2012



Konrad
Adenauer
Stiftung



PARTEIENMONITOR AKTUELL

PRO DEUTSCHLAND

Auf dem Ticket eines Schmähdvideos zur islamfeindlichen
Bürgerbewegung?

Florian Hartleb

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Michael Borchard

Leiter der Hauptabteilung
Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996 3550

michael.borchard@kas.de

Dr. Ralf Thomas Baus

Leiter Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Hauptabteilung Politik und Beratung
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030-26996 3503

ralf.baus@kas.de

Inhalt

Zusammenfassung	3
Relevanz und Fragestellung	3
Wurzeln im Kommunalen: von <i>pro Köln</i> über <i>pro NRW</i> zu <i>pro Deutschland</i>	4
Akteure	7
Kampagnen	9
Programmatik	11
Anti-islamischer Rechtspopulismus als Bürgerbewegung?	14
Zersplitterung und Hemmnisse des deutschen Rechtsaußen-Lagers	15

Zusammenfassung

Eine kleine Partei mit ein paar hundert Aktivisten, *Bürgerbewegung pro Deutschland*, strebt nach Bekanntheit, indem sie einen umstrittenen islamfeindlichen Schmähdokument öffentlich zeigen und eine neue islamkritische Debatte forcieren will. Schon lange versucht die aus *pro Köln* und *pro NRW* hervorgegangene Gruppierung, etwa mit „Anti-Islamisierungskongressen“ das Thema kampagnenmäßig zu besetzen, was bislang nur wenig gelang. *Pro Köln* produzierte bereits im Jahr 2009 zwei islamkritische Filme. Ihr Erfolg als Bewegung ist nicht sehr wahrscheinlich, zumal die gegenwärtige Aktion mit dem Film im Rechts-außen-Lager nicht unumstritten ist. Die meisten Aktivisten der *Bürgerbewegung pro Deutschland* blicken auf eine Vergangenheit in den rechtsextremen Parteien NPD, DVU und bei den Republikanern zurück. Die Partei selbst ist weitaus radikaler, als es das Programm preisgibt, denn das Thema „Islam“ spielt hier vordergründig keine Rolle. *Pro NRW* wird vom nordrheinwestfälischen Verfassungsschutz beobachtet und sogar als „rechtsextremistisch“ eingestuft. Dadurch kann die Partei in dem ohnehin schwierigen Umfeld in Deutschland kaum zu einer rechtspopulistischen Bürgerbewegung aufsteigen, die bis in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringt. Ihr fehlt auch eine charismatische Zugkraft. Vor allem aber konkurriert *pro Deutschland* mit einer Vielzahl von Gruppierungen im Rechts-außen-Lager. Dieses scheint geradezu chronisch von Zersplitterung, Neugründungen, Abspaltungen und Fusionen geprägt zu sein, was letztlich zur Erfolglosigkeit bei Wahlen führt. Der Pro-Bewegung gelang es bislang nur, sich in Köln strukturell zu verankern.

Relevanz und Fragestellung

Die überregional weithin unbekanntere Splitterpartei namens *Bürgerbewegung pro Deutschland* scheint sich zum *Agenda Setter* einer neuen (Anti-)Islamdebatte zu gerieren und eine breite Öffentlichkeit ansprechen zu wollen. Die Partei schreibt sich „die Bewahrung des christlichen Abendlandes“¹ auf ihre Fahnen. Sie hat zu diesem Zweck den knapp 14-minütigen Trailer des islamfeindlichen Schmähdokumentes „Innocence of Muslims“ auf ihrer Internet-Seite verlinkt.² Der in den USA hergestellte Film ist nach Angaben der Partei in voller Länge von insgesamt einer Stunde und vierzehn Minuten zu sehen. Unabhängig davon bekräftigte *pro Deutschland* das Vorhaben, das Video auch in einem Kino in Berlin zu zeigen. Das von Hass geprägte Video hatte in zahlreichen muslimischen Ländern antiwestliche Massenproteste entfacht. Es stellt den Propheten Mohammed als Gewalttäter, Frauenhelden und Kinderschänder dar. Die Partei will sich nach eigener Verlautbarung

¹ Vgl. http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=515:pro-deutschland-zeigt-mohammedfilm-innocence-of-muslims&catid=14&Itemid=2 (abgerufen am 26. September 2012).

² Vgl. ebd.

auf ihrer Homepage im Kampf gegen die Islamisierung Deutschlands auch in Zukunft nicht einschüchtern lassen.

Für das kommende Jahr plant die Partei unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ bundesweit mehrere Veranstaltungen. Momentan prüft *pro Deutschland*, die sich zur Bürgerbewegung stilisieren will, die Möglichkeit, den US-amerikanischen Prediger Terry Jones nach Berlin einzuladen.³ Der Mann, der durch Koranverbrennungen von sich Reden machte, ist einer der Köpfe in einem anti-islamischen Netzwerk. In den USA ist er wegen seiner Verunglimpfung des Islams angeklagt. In Deutschland wurde im September 2012 ein Einreiseverbot gegen ihn verhängt, weil er das Schmähdvideo hier vorführen wollte und von einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit ausgegangen werden musste.⁴

Die vorliegende Studie will folgende Fragen beantworten:

- Wie entstand *pro Deutschland*?
- Welche Akteure stehen hinter der Partei?
- Wie ist die Partei politisch einzuordnen?
- Welche Strategien verfolgt sie?
- Entsteht hier mit den Kampagnen gegen den Islam ein Rechtspopulismus als Bürgerbewegung bzw. kann die Partei das rechtspopulistische Flugschiff sein?
- Wie ist die Partei national und europäisch einzuordnen?

Wurzeln im Kommunalen: von *pro Köln* über *pro NRW* zu *pro Deutschland*

Die Partei hat ihre Wurzeln in der kommunalen *Bürgerbewegung pro Köln*, die als Verein gegründet worden war. Der Verein wurde am 5. Juni 1996 in Köln-Dünnwald als Ableger der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) ins Leben gerufen. Die zwischen 1991 und 1996 als Partei existierende Deutsche Liga für Volk und Heimat wurde von Martin Mußnug mitgegründet, der bis 1991 Bundesvorsitzender der NPD war. Ihm war die Partei nach der Wahl des verurteilten Holocaustleugners Günter Deckert zum NPD-Vorsitzenden zu radikal geworden. 1999 trat die Gruppierung *pro Köln* mit ihrem Kandidaten Stephan Flug (inzwischen NPD) erstmals zur Oberbürgermeisterwahl in Köln an und erhielt 0,3 Prozent der Stimmen. Vorsitzende von *pro Köln* wurde im selben Jahr die Jurastudentin und Rechtsreferendarin Judith Wolter, die bei den Kommunalwahl jedoch für die Republikaner kandidierte.

³ Vgl. *ebd.*

⁴ Siehe <http://www.tagesschau.de/ausland/terryjones110.html> (abgerufen am 26. September 2012).

Bei ihrem erstmaligen Wahlantritt bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 26. September 2004 erreichte *pro Köln* 4,7 Prozent der Stimmen und zog damit mit vier Mandaten in den Stadtrat ein. 2005 kam mit dem Übertritt eines parteilosen Ratsmitgliedes, das für die Republikaner in den Stadtrat eingezogen war, ein fünftes Mandat hinzu. Zudem errang die Partei Sitze in allen neun Bezirksvertretungen. In den Bezirken Köln-Chorweiler und Porz errang sie jeweils zwei Mandate. Der Erfolg beflügelte den Kreis um Manfred Rouhs, das Pro-Projekt auszudehnen. 2005 gründete sich die *Bürgerbewegung pro Deutschland*, deren Bundesvorsitzender Rouhs derzeit ist. 2007 entstand *pro NRW* als selbst ernannte Bürgerbewegung.⁵ Der Parteivorstand von *pro NRW* besteht zum großen Teil aus Vorstandsmitgliedern von *pro Köln*. Im Juni 2010 wurde der Dachverband „Die Pro-Bewegung (PRO)“ gegründet, in dem *pro Köln*, *pro NRW*, *pro Deutschland* und andere Kleinvereine organisiert sind.

Bereits am 18. November 2006 fand in Bonn eine überregionale Bundesversammlung mit etwa 200 Teilnehmern statt, die sich der Frage widmete, wie über das kommunalpolitische Engagement hinaus Einfluss genommen werden kann.⁶ *Pro Deutschland* entwickelte für alle Pro-Bewegungen einen schrittweisen, dreipunktartigen Aufbauplan „von unten“, um von einer kommunalen Größe (wie in Köln) zu einer nationalen Größe aufzusteigen. Demnach lassen sich drei Ziele benennen:⁷

- Ziel 1: Handlungsfähigkeit herstellen;

„Mindestens sieben Mitglieder der Bürgerbewegung *pro Deutschland* müssen vor Ort ansässig sein und in Absprache mit dem Bundesvorstand einen Kreisverband gründen. Zur Mitglieder-Werbung in der Startphase kann das Kampagnen-Flugblatt des Bundesverbandes gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union herangezogen werden. [...] Sodann sollten in der eigenen Region die seriösen patriotischen Kräfte gesammelt werden. Dabei gilt der Grundsatz: ‚Weniger ist mehr!‘ Spinner und radikale, verfassungsfeindliche Phrasendrescher werden in die Bürgerbewegung nicht aufgenommen. *Pro Deutschland* positioniert sich eindeutig innerhalb des demokratischen Spektrums. Das schließt die Aufnahme von ehema-

⁵ Marcel Lewandowsky: *Parteiprofil Bürgerbewegung Pro NRW*, in: *Portal der Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen 2012*, <http://www.bpb.de/politik/wahlen/wer-steht-zur-wahl/126578/pro-nrw> (abgerufen am 25. September 2012).

⁶ Vgl. Jürgen Peters/Thomas Sager/Alexander Häusler: *Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik*, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 72-87, hier S. 72.

⁷ Mit Originalbelegen

http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36 (abgerufen am 26. September 2012).

ligen Mitgliedern der klassischen politischen Parteien nicht aus, soweit sie sich in glaubwürdiger Form zum Programm der Bürgerbewegung bekennen. Mehrfach-Mitgliedschaften in (potentiell) konkurrierenden Parteien sind aber ausgeschlossen. [...] Wichtig ist es, ein konkretes politisches Ziel anzuvisieren, beispielsweise die Teilnahme an der nächsten Kommunalwahl.“

- Ziel 2: Menschen binden;

„Dies nun ist die ständige Kernarbeit der Bürgerbewegung: Wir müssen unsere Mitbürger ansprechen und sie mit unseren politischen Vorstellungen vertraut machen. [...] Der Text der Petition darf nicht ausländerfeindlich sein. Nicht die Ausländer sind unsere Gegner, sondern unsere eigenen deutschen Politiker, die eine verfehlte Ausländerpolitik betreiben! Seriösität ist wichtig.“

- Ziel 3: schrittweiser Wahlantritt;

„Ein Wahlantritt setzt neben der 100prozentigen Wahlkampffähigkeit hinsichtlich des Adressenbestandes die Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise voraus. Unbesetzte Wahlkreise schlagen mit Null Stimmen zu Buche und ziehen das Gesamtergebnis nach unten. Die ‚Marke‘ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage! [...] Für die Finanzierung des Wahlkampfes ist auf die im Laufe der Zeit geworbenen Spender und die Mitglieder zurückzugreifen, die einer adäquaten Ansprache bedürfen. In den letzten sechs Wochen vor der Wahl muss insbesondere eine massive Plakatierung sichergestellt werden.“

Bislang fehlt ein Erfolg über Köln hinaus. *Pro NRW* trat erstmalig zu den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen 2009 in sieben der insgesamt 54 kreisfreien Städte und Kreise an. *Pro NRW* und *pro Köln* erzielten zusammen landesweit 0,6 Prozent bzw. 41.287 Stimmen, von denen knapp die Hälfte (19.894 Stimmen) auf *pro Köln* entfiel. Sie zogen damit in vier Kreistage und in die Parlamente von vier kreisfreien sowie fünf kreisangehörigen Städten ein. In Köln (5,4 Prozent), Gelsenkirchen (4,3 Prozent) und Leverkusen (4,0 Prozent) erreichte die Pro-Partei etwa Fraktionsstärke. Bei der Landtagswahl 2012 erhielt die Partei schließlich 118.326 Stimmen, magere 1,5 Prozent. Auch die bundesweite Ausdehnung verlief wenig erfolgreich. Sie wurde intern als überhastet angesehen und war nicht unumstritten.⁸ Eine Ursache sah man in der überfordernden Bündelung zahlrei-

⁸ Vgl. Jürgen Peters/Thomas Sager/Alexander Häusler: *Pro NRW und Pro D – Entwicklung, Struktur und Methodik*, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 72-87, hier S. 74 f.

cher Parteifunktionen in der Person des Bundesvorsitzenden Rouhs. Den Vorwurf der zu hohen Personalidentität konterte Rouhs damit, dass er selbst nach Berlin zog, die Parteizentrale dort platzierte und auch zur Wahl antrat. Bisher existiert in Berlin der einzige Landesverband. Die Wahlteilnahme in Berlin im September 2011 endete zwar mit dem Überspringen der Mindestquote für die staatliche Parteienfinanzierung, aber doch bei nur schwachen 1,2 Prozent.

Die Aktivisten von *pro Köln* und *pro NRW* werden vom Verfassungsschutz, der die Parteien beobachtet, mit der Zahl von rund 350 tituliert.⁹

Akteure

Viele der Aktivisten der Pro-Bewegung haben eine Vorgeschichte im Rechts-außen-Spektrum und sind häufig durch alte Seilschaften miteinander verbunden. Der wichtigste Draht- und Strippenzieher von *Pro* ist der Verleger Manfred Rouhs. Rouhs ist das Bindeglied zu den später entstandenen Pro-Bewegungen, von *pro NRW* bis *pro Deutschland*. Manfred Rouhs und der Landesvorsitzende von *pro NRW*, Markus Beisicht, waren schon für die NPD und die Republikaner aktiv. *Pro Köln* ist wie einst die Deutsche Liga für Volk und Heimat im Dunstkreis von Republikanern, DVU und dem „moderateren Flügel“ der NPD, also nicht die aggressiv-kämpferische NPD unter Udo Voigt und Holger Apfel, angesiedelt. Beredetes Beispiel ist Rouhs selbst, der wenig Konstanz bei seinen Parteimitgliedschaften aufwies und stattdessen als Wanderer hin- und herwechselte. Nach einer kurzen Zeit in der Schülerunion und der Jungen Union in sehr jungen Jahren radikalisierte er sich und wurde 1985 NRW-Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN), dem Jugendverband der damals noch nicht ganz so radikalen NPD, für die er in Krefeld als Direktkandidat zur Bundestagswahl 1986 antrat.¹⁰

Mit seinem Co-Strippenzieher in *Pro*, Markus Beisicht, kam er dann in Berührung, als er sich nach seinem Austritt aus der NPD für die Republikaner unter Franz Schönhuber engagierte. Beide bauten den Kölner Kreisverband der Partei auf, waren auch für den neu gegründeten Studentenverband der Republikaner aktiv. Bei den Kommunalwahlen im Oktober 1989 wurde Rouhs für die Republikaner erstmals in den Rat der Stadt Köln gewählt. Im Oktober 1989 enthob ihn der nordrhein-westfälische Landesvorstand der Partei von seinen Ämtern und schloss ihn einen Monat später aus der Partei aus. 1991 trat er der kurz zuvor gegründeten rechtsextremen Deutschen Liga für Volk und Heimat bei, für

⁹ Vgl.

http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2011.pdf (abgerufen am 26. September 2012).

die er mit seinem Ratsmandat bis 1994 im Kölner Stadtrat saß. Von 2004 bis zum 5. April 2011 saß Rouhs für *pro Köln* im Stadtrat von Köln. Er legte sein Mandat nieder, um sich um das Projekt *pro Deutschland* federführend kümmern zu können. In Nordrhein-Westfalen hielt er eine größere landespolitische Rolle der Partei für wenig wahrscheinlich. Die Partei *pro Deutschland* bezog ihren Sitz in Berlin-Marzahn, weit weg vom Flair des Berliner Regierungsviertels und den Zentren der Macht. Rouhs ist kein waschechter Politiker (zumal kein charismatischer Redner), sondern Stratege und Verleger. Bereits 1987 gründete er den nach ihm benannten Verlag und rief die Zeitschrift *Europa vorn* (heute *nation24*) ins Leben, als deren Herausgeber er fungiert. Als Verleger publizierte er u.a. 2002 ein Buch von Holger Stürenburg¹¹ über den Rechtspopulisten Ronald B. Schill, der nach seinem Erfolg bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2001 19,4 Prozent holte und zunächst als Hoffnung im „patriotischen Lager“ angesehen wurde. Schill selbst distanzierte sich davon und autorisierte das Porträt nicht.¹² Markus Beisicht arbeitet als Rechtsanwalt. So war er beispielsweise als Strafverteidiger des Neonationalsozialisten Axel Reitz tätig, der bis zu seinem Ausstieg 2012 in der Kameradschaftsszene aktiv war. Lars Seidensticker, Bundesgeschäftsführer von *pro Deutschland* und Berliner Landesvorsitzender, war einst DVU- und Republikaner-Mitglied.

Zeitweise war eine durchaus schillernde Figur des Rechtsextremismus für *pro Deutschland* aktiv. Patrik Brinkmann, ein vermöglicher deutsch-schwedischer Unternehmer, zog 2007 nach Berlin. Als Gründer der Stiftung „Kontinent Europa“ suchte er zunächst früh Kontakt zur NPD und veranstaltete eine Tagung seiner Stiftung gemeinsam mit der NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommerns. Nachdem sein Stiftungsmitglied und mutmaßlicher Vertrauter Andreas Molau¹³ die dortige Fraktion verließ, folgte ihm Brinkmann in Richtung DVU.¹⁴ Auch dies sollte letztlich nur ein Intermezzo bleiben, da der Erfolg ausblieb. In dieser Zeit finanzierte er der DVU ein Gutachten für eine Klage gegen das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare. 2010 wechselte er dann zur rechtspopulistischen Kleinpartei *Bürgerbewegung pro Deutschland*.¹⁵ Im März 2011 war er Landesvorsitzender

¹⁰ Zur Parteigeschichte der NPD anhand ihrer eigenen Parteizeitung vgl. Florian Hartleb: *Die „Deutsche Stimme“ – Das intellektuelle Sprachrohr der NPD?*, in: Uwe Backes/ Henrik Steglich (Hrsg.): *Die NPD – Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei*, Baden-Baden 2007, S. 355-382.

¹¹ Vgl. Holger Stürenburg: *Ronald B. Schill. Der Eisbrecher?!*, Köln 2002.

¹² Vgl. Florian Hartleb: *Rechtspopulistische Parteien*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt-Augustin 2005.

¹³ Molau ist mittlerweile „ausgestiegen“. Vgl. zu Molau <http://www.fr-online.de/politik/npd-neonazis-raus-aus-der-rechten-szene.1472596.16764028.html> (abgerufen am 26. September 2012).

¹⁴ Vgl. http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=4274:der-gesch%C3%A4ftsmann-%E2%80%93-patrik-brinkmann-will-nun-bei-pro-mitmischen&Itemid=368 (abgerufen am 26. September 2012).

¹⁵ Vgl. ebd.

in Berlin¹⁶, trat jedoch bald wieder vom Vorsitz und vorerst ganz aus der Politik zurück. Angeblicher Grund war die Kandidatur eines Homosexuellen für die Pro-Partei für die Berliner Landtagswahl, später führte er die vermeintliche „Politische Korrektheit“ in Deutschland an.¹⁷ In Schweden kamen zudem finanzielle Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht.

Des Weiteren fällt noch Judith Wolter auf. Die stellvertretende (früher erste) Vorsitzende von *pro Köln*, war Ende der 1990er Jahre bei den Republikanern aktiv. 2002 besuchte sie den Bundeskongress der Jungen Nationaldemokraten, der NPD-Nachwuchsorganisation, als ein „Zeichen patriotischer Solidarität“, wie sie im NPD-Parteiorgan *Deutsche Stimme* per Interview verlautbaren ließ. Sie lud indirekt auch NPD-Mitglieder zur Mitarbeit ein. „Pro Köln ist überparteilich. Jeder, der sich mit unseren Zielen identifiziert, kann bei uns mitarbeiten – unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit. Wir bemühen uns stets um ein gutes Verhältnis zu anderen nationalen Organisationen und um konstruktive Zusammenarbeit.“¹⁸

Kampagnen

Aufsehen erregte *pro Köln* durch Unterschriftenaktionen gegen Moscheebauten (insbesondere in Köln) sowie durch zwei „Anti-Islamisierungs-Kongresse“, die massive GegenDemonstrationen hervorriefen. 2007 initiierte *pro Köln* eine „Anwohnerinitiative“ gegen die Erweiterung des bestehenden moslemischen Gebetshauses in Köln-Ehrenfeld zur DITIB-Zentralmoschee Köln. Bis April 2007 führte *pro Köln* eine Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren gegen den Moscheebau durch, bei der über 23.000 Unterschriften gesammelt wurden. Da von diesen Unterschriften mehr als 7.000 ungültig waren, scheiterte das Bürgerbegehren bereits am erforderlichen Quorum. Der „Anti-Islamisierungskongress“ sorgte für überregionale Aufmerksamkeit, etwa mit einer Liveübertragung im Nachrichtenfernsehen. Das lag auch daran, dass *pro Köln* vollmundig das Kommen einiger bekannter europäischer Rechtspopulisten wie den österreichischen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache oder Jean-Marie Le Pen (damals noch Vorsitzender des Front National, den inzwischen seine Tochter anführt) ankündigte, die aber absagten.

¹⁶ Vgl.

<http://www.berlinerumschau.com/news.php?id=11373&title=Pro+Deutschland+w%E4hlt+Brinkmann+zum+Berliner+Landeschef&storyid=1001299325743> (abgerufen am 26. September 2012).

¹⁷ Vgl. das Interview von Brinkmann zu seinem Rückzug im österreichischen FPÖ-Umfeld

<http://pauenschlag-blog.org/?p=6272> (abgerufen am 26. September 2012).

¹⁸ Judith Wolter: Im Gespräch „Dem Multikulturalismus vor Ort entgegenreten“, in: *Deutsche Stimme* vom Januar 2003, zitiert nach Tomas Sager/Jürgen Peters: *Die Pro-Aktivitäten im Kontext der extremen Rechten*, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*, Wiesbaden 2008, S. 115-128, hier S. 119 f.

Im September 2008 organisierte *pro Köln* einen sogenannten „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln. Unter dem Motto „Wir stellen uns quer“ organisierten verschiedene politische und gesellschaftliche Gruppen Gegendemonstrationen und Blockaden, an denen am 20. September 2008 bis zu 40.000 Menschen teilnahmen, während sich zum „Kongress“ anstatt der 1.500 erwarteten Teilnehmer nur rund 150 Teilnehmer – „eine krude Mischung aus Funktionären in Anzügen, Glatzen mit ‚Nationalist‘-Schriftzug auf dem T-Shirt, viele Rentner“¹⁹ – eingefunden hatten. Der Protest führte zum Abbruch des geplanten Kongresses; die zentrale Kundgebung auf dem Heumarkt wurde aus Sicherheitsgründen von der Polizei untersagt. Dies rief ein geteiltes Echo hervor. Viel Lärm um nichts, hieß es am Ende; die Medien sprachen von einer „peinlichen Lachnummer“.²⁰

Mit Kampagnen auf der Straße war die Partei auch anschließend wenig erfolgreich. Im Mai 2012 kam es aber in Bonn zu einer Auseinandersetzung mit Anhängern radikaler Salafisten. 30-Pro-Aktivisten, die mit islamfeindlichen Karikaturen provozierten, standen 600 Salafisten gegenüber. 29 Polizisten wurden verletzt, zwei erlitten durch Messerstiche schwere Verletzungen.²¹ Bei der letzten Kundgebung Mitte August 2012 stellten sich Anhänger von *Pro* vor Berliner Moscheen und hielten Mohammed-Karikaturen hoch. Lediglich zwei Dutzend Teilnehmer folgten dem Aufruf.²²

Der Ausgang der neuen Kampagne um den Mohammed-Film ist offen. Bereits im Jahr 2009 produzierte *pro Köln* zwei islamkritische Filme. Diese behandeln die Ereignisse, die den ersten „Anti-Islamisierungskongress“ begleiteten, und richten sich gegen die angebliche Islamisierung Europas. Dieter Stein, langjähriger Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, ein Brückenorgan zwischen Konservatismus und Radikalismus mit Sympathien für rechtspopulistische Bewegungen und Islamkritik, äußert sein Unverständnis. In einem Kommentar schreibt er: „Dass die Partei ‚Pro Deutschland‘ aus kalkulierter Provokation den Film ‚Innocence of Muslims‘ („Die Unschuld der Moslems“) in Berlin zeigen will, ist schäbig und unehrenhaft. Es soll hier in zynischer Weise innenpolitisch Kapital aus einem ernststen Konflikt geschlagen werden. Mit einer konservativ-patriotischen Grundlinie und der ‚Bewahrung des christlichen Abendlandes‘, wie die Gruppierung erklärt, hat ein solches Vorgehen nichts zu tun. Diese billige Provokation vollzieht sich noch dazu in einem Moment, als in Syrien die christliche Minderheit vor dem Exodus steht. [...] Eine konservative Position heißt, die eigene Religion und Sittengesetze zu verteidigen, die anderer

¹⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/anti-islamisierungskongress-koeln-laesst-rechtspopulisten-abblitzen-a-579458.html> (abgerufen am 26. September 2012).

²⁰ Ebd.

²¹ http://www.focus.de/politik/deutschland/eskalation-nach-rechter-pro-nrw-demo-salafisten-reagieren-mit-welle-der-gewalt_aid_748324.html (abgerufen am 26. September 2012).

²² Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mohammed-video-neonfische-fuer-deutschland-11899766.html> (abgerufen am 26. September 2012).

Kulturen jedoch zu tolerieren, solange sie nicht in das eigene Leben eingreifen.“²³ Auch die rechtsextremistische NPD bezieht negativ Stellung: „Selten hat ein Film die Gemüter so bewegt wie der in Amerika produzierte Anti-Mohammed-Film, der weltweit zu Protesten geführt hat und nun in Deutschland von Splittergruppen verbreitet wird bzw. werden soll, die oberflächlich und primitiv gegen den Islam Stimmung machen, ohne das Problem der Überfremdung an der Wurzel zu fassen. Diese Herangehensweise ist oberflächlich, weil das Aufenthaltsrecht in Deutschland für Araber, Türken oder auch Neger nicht davon abhängig ist, ob sie zum Christentum konvertieren – und sie ist primitiv, weil man sich aus rein populistischen Gründen auf ein geschmackloses Gossenniveau begibt, das sich in einem Religionsdiskurs verbietet.“²⁴

Die Feindschaft der NPD zu *Pro* kann durch eine Äußerung von Manfred Rouhs zur (ewigen) Diskussion um ein NPD-Verbot erklärt werden. Auf der Homepage seiner Zeitschrift äußert er, die NPD sei überflüssig: „Die Sorgen [um eine Profilierung von *Pro* auf Kosten der NPD] sind unbegründet. Erstens werden wir uns mittelfristig ohnehin als Faktor in der deutschen Parteipolitik etablieren – mit oder ohne NPD-Verbot. Zweitens nutzen wir den eventuellen Verzicht auf ein NPD-Verbot noch gnadenloser aus, als es sich mancher Funktionär der Bundestagsparteien derzeit vorstellen kann: Die politische Klasse spitzt den Mund, aber sie pfeift nicht. Ein zahnloser Tiger. Deutschland braucht eine seriöse, zukunftsorientierte, freiheitliche Kraft, die den Etablierten als demokratisches Korrektiv in den Parlamenten zur Seite gestellt wird. Das ist genau die Funktion, die pro Deutschland künftig im Parteiengefüge erfüllen wird. Die NPD und andere politische Extremisten dagegen sind schlicht überflüssig – eine Arbeits-Beschaffungsmaßnahme für Polizei und Verfassungsschutz.“²⁵

Programmatik

Formal bekennt sich die Partei *Bürgerbewegung pro Deutschland* zum Grundgesetz, bemüht, Verfassungstreue zu geloben.²⁶ Die Bekundung hat aber wenig Aussagekraft, da das Programm von Rechts-außen-Parteien oftmals moderater wirkt, um der Beobachtung durch den Verfassungsschutz (bzw. der Erwähnung im Verfassungsschutzbericht) zu entgehen. Das offizielle schlagwortartige Programm kann als oberflächlich, mit rechtspopulistischen Einsprengseln, aber nicht als extremistisch angesehen werden. Der Islam wird

²³ Vgl. <http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display-mit-Komm.154+M50162145f69.0.html> (abgerufen am 26. September 2012).

²⁴ Pressemitteilung der NPD. *Ja zur Religionsfreiheit, aber: Unser Kampf gilt dem Islamismus als deutlichstem Überfremdungsmerkmal unserer Heimat*, Pressemitteilung vom 19. September 2012, <http://www.npd.de/html/1938/artikel/detail/2956/> (abgerufen am 21. September 2012).

²⁵ Vgl. http://www.nation24.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1203:kein-mpd-verbot-wegen-pro-deutschland&catid=7&Itemid=25 (abgerufen am 25. September 2012).

²⁶ Vgl. http://www.pro-berlin.net/?page_id=2551 (abgerufen am 24. September 2012).

nicht einmal erwähnt. Die Oberpunkte sind:

- Mensch und Staat mit einem Bekenntnis zur Bundesrepublik,
- ein Plädoyer für Gewaltenteilung mit der Forderung eines „Endes der Parteibuchwirtschaft“,
- ein Bekenntnis zur Demokratie und zu den Menschenrechten,
- eine Forderung nach Wiederherstellung der Sozialen Marktwirtschaft,
- ein Einstehen für Familie und die Vereinbarkeit mit dem Beruf,
- eine Bildungspolitik mit Schaffung von Eliteuniversitäten,
- eine Rentenpolitik im Sinne der älteren Generation,
- ein Gesundheitssystem ohne Missbrauch,
- Opferschutz statt Täterschutz im Bereich der Kriminalität,
- Absage an jede Form des Extremismus,
- erst als letzter Punkt: stärkere Hand in der Ausländerpolitik.²⁷

Pro NRW hingegen hat eine stärker rechtspopulistisch ausgerichtete Programmatik, die aber ebenso simpel gehalten ist. Innere Sicherheit taucht hier an vorderster Stelle auf, ebenso die Kritik an den „Altparteien“. Die sieben Standpunkte lauten:

1. Innere Sicherheit gewährleisten!
2. Ausbildung statt Zuwanderung!
3. Stoppt Korruption und Parteibuchwirtschaft!
4. Besinnung auf Werte in der Kulturpolitik!
5. Bürgerfunk statt Parteibuchsender!
6. Das Ruhrgebiet stärken!
7. Was heilt unser Gesundheitssystem?²⁸

Vordergründig finden sich also auch hier keine allzu islamfeindlichen Aussagen. Die Aktivitäten und Personen sprechen aber eine andere Sprache. Auf *Spiegel online* heißt es treffend: „Tatsächlich ist die Pro-Bewegung im Grunde eine Ein-Themen-Organisation: Sie agitiert auf allen denkbaren Ebenen vor allem gegen muslimische Migranten und eine vermeintliche ‚Islamisierung‘ Deutschlands, auch wenn der Kampf gegen Parteienfilz und Kriminalität offiziell ebenfalls auf der Tagesordnung steht. Pro Köln ging einst hervor aus einem Bündnis gegen einen Moscheebau.“²⁹ *Pro Köln* wird seit dem Jahr 2004, *pro NRW* seit dem Jahr 2010 vom Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen beobachtet,

²⁷ Vgl. http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5&Itemid=26; http://www.pro-berlin.net/?page_id=4 (abgerufen am 26. September 2012).

²⁸ Vgl. http://www.pro-nrw.net/?page_id=25 (abgerufen am 26. September 2012).

weil bei diesen Gruppierungen „tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung“ vorliegen. Im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalens für das Jahr 2010, veröffentlicht im Januar 2011, steht auf S. 64 unmissverständlich: „Der Schwerpunkt der Kampagnen von ‚pro Köln‘ und ‚pro NRW‘ ist darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, um Ängste zu wecken oder zu verstärken.“³⁰

Immer wieder machen Aktivisten mit islamfeindlichen Äußerungen von sich reden. Flugblätter (ähnlich der österreichischen FPÖ mit „Freiheit statt Islam!“ und einer durchgestrichenen Moschee) sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Lars Seidensticker, Leiter der Freiheit-statt-Islam-Tour im NRW-Wahlkampf 2012 steht für das Motto: „Von Berlin geht ein Signal aus an die muslimische Welt: Die kulturbewahrenden Kräfte unseres Kontinents arbeiten zusammen. Wir werden die Islamisierung Europas verhindern!“³¹ 2011 wurden *pro Köln* und *pro NRW* offiziell als verfassungsfeindlich eingestuft, eine Einordnung, der sich auch mehrere Gerichte anschlossen und damit die Korrektheit der Verfassungsschutzberichte bestätigten. Dies gilt auch für die Jugendorganisation von *pro NRW*, deren Forderungen „auf einer Linie mit der NPD“ liegen würden. Für das Jahr 2011 wird die Pro-Partei auch wieder unter die Rubrik „rechtsextremistische Partei“ mit einem eigenen Kapitel aufgenommen.³² Auch im internationalen Bereich sucht die Partei Kontakte zu rechtsradikalen Gruppierungen, etwa zum Vlaams Belang oder zur Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ). Ebenso wie die NPD (damals unter Udo Voigt) setzte *pro NRW* ihren Namenszug 2007 auf die rechtsextremistische Fraktion im Europäischen Parlament („Identität, Tradition, Souveränität“), die sich allerdings nach wenigen Monaten wieder auflösen musste.³³

Wie wenig Bedeutung die Programmatik, etwa das Grundsatzprogramm, für die Bewertung der Partei von außen hat, belegt die untergeordnete Rolle der Islamdiskussion darin – ganz im Gegenteil zu den Aktivitäten der Partei und den Zielen in der Praxis. Schon die Republikaner ließen sich einst unter Franz Schönhuber „professionell beraten“, um das Programm „harmlos“ erscheinen zu lassen. Auf der Website von *pro Berlin* steht nicht der Islam im Vordergrund, sondern die Euro-Politik im Sinne eines harten Euroskeptizis-

²⁹ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integrationsthesen-sarrazin-debatte-bringt-pro-deutschland-neue-mitglieder-a-715089.html> (abgerufen am 26. September 2012).

³⁰ Vgl.

http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2010.pdf (abgerufen am 26. September 2012).

³¹ Vgl. http://www.berlin-pro-deutschland.de/?page_id=12 (abgerufen am 26. September 2012).

³² Vgl.

http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokumente/Verfassungsschutzbericht_2011.pdf (abgerufen am 26. September 2012).

³³ Tomas Sager/Jürgen Peters: *Die Pro-Aktivitäten im Kontext der extremen Rechten*, in: Alexander Häusler (Hrsg.): *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“*. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 115-128, hier S. 126.

mus.³⁴ „Raus aus dem Euro“ ist die zentrale Botschaft. Auch mit einer antikapitalistischen Haltung versucht die Partei zu punkten: „Rettungspakete sichern nur die Profite der Finanzmärkte!“.³⁵ Diese Akzentverschiebung ist durchaus kalkuliert. In einer atheistischen Stadt wie Berlin kann man nach Meinung von Manfred Rouhs allein mit Islam-Kritik nicht über 5 Prozent kommen.³⁶

Anti-islamischer Rechtspopulismus als Bürgerbewegung?

Das Buch Thilo Sarrazins, das erfolgreichste politische Sachbuch seit 1945 – monatelang auf Platz eins der Bestsellerlisten gelandet –, beinhaltet provokante Thesen rund um die Integrationspolitik und zeigt das Potential des Anti-Islamismus auf. So entstand 2010 eine heftige Debatte, die ihre Spuren hinterlassen hat. Sarrazin argumentierte, Deutschland würde sich durch eine Kombination aus Geburtenrückgang, wachsender Unterschicht und Zuwanderung aus überwiegend muslimischen Ländern zunehmend selbst gefährden. Das in Räumlichkeiten der Berliner Bundespressekonferenz prominent vorgestellte Buch des früheren Berliner SPD-Finanzsenators Thilo Sarrazin, hat durch sein breites öffentliches Echo eine bislang in Deutschland kaum bekannte Integrationsdebatte fast nach niederländischem Vorbild forciert.

Sarrazin, vom Habitus her eine sich elitär gebärdende, klassisch-humanistisch gebildete Figur mit glänzender Ministerialkarriere, machte im Buch sogleich auf zwei von ihm sogenannte Tabus aufmerksam: die Debatte um soziale Belastungen durch Migranten aus nicht-westlichen Kulturen sowie, im gleichen Zungenschlag, die familiäre Vorprägung von Bildung.³⁷ Die populistische Logik Sarrazins funktioniert mit dem Mittel des gezielten Tabubruchs, kombiniert mit einem exklusiv-diffamierenden Moment. Sarrazin macht sich aber gerade nicht, wie er es nach klassisch-populistischer Diktion müsste, zum Sprecher des Durchschnittsbürgers, des „kleinen Mannes“: Er argumentiert, dass Menschen, die vorwiegend körperliche Arbeit verrichten, gar nicht für geistige oder verwaltende Tätigkeiten geeignet seien.³⁸ Im Zuge der Sarrazin-Debatte wurde immer wieder über eine Partei spekuliert, die sich die Ressentiments nach europäischem Vorbild zunutze machen könnte. So firmiert der Islam nach dem 11. September 2001 als eine globale Bedrohung,

³⁴ Die „weiche“ Form bedeutet die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojektes oder der EU in seiner gegenwärtigen institutionellen Form. Geläufig ist hier das Argument, nationale Interessen stünden dem supranationalen Vertragswerk entgegen. Die „harte“ Form lehnt die „Idee Europa“ hingegen in ihren Grundsätzen ab und damit folgerichtig auch den Beitritt oder die Mitgliedschaft zur EU. Vgl. Aleks Szczerbiak/Paul Taggart (Hrsg.): *Opposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives*, Vol. 1 und 2, Oxford 2008.

³⁵ Vgl. http://www.pro-berlin.net/?page_id=2 (abgerufen am 26. September 2012).

³⁶ Zitiert nach <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/mohammed-video-neonfische-fuer-deutschland-11899766.html> (abgerufen am 26. September 2012).

³⁷ Vgl. Thilo Sarrazin: *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, München 2010, S. 9.

³⁸ Ebd., S. 55.

wie es besonders in den Niederlanden und Österreich im politischen Diskurs artikuliert wird. Die Freiheitliche Partei Österreichs unter Heinz-Christian Strache war mit ihrem Wahlkampflogan „Daham statt Islam!“ Vorbild für *Pro*.³⁹ *Pro* versuchte, Sarrazin für sich zu vereinnahmen, was aber nicht gelang. Manfred Rouhs hatte angeboten, er werde mit Vergnügen den Parteivorsitz niederlegen, sollte Sarrazin sich seiner Partei anschließen.⁴⁰

In den Niederlanden sieht Geert Wilders den Islam als totalitäre oder faschistische Ideologie und vergleicht den Koran mit Hitlers *Mein Kampf*. In seinen Reden, Kommentaren und Interviews zeigt Wilders eine immer radikaler werdende Variante der Islamophobie. Diese gründet sich auf allerlei apokalyptische Verschwörungstheorien zur bevorstehenden Unterwerfung Europas. Seit 2007 spielt er nach dem Vorbild der bekannten Eurabien-Theorie von Bat Ye'or darauf an, dass die massive Zuwanderung islamischer Gastarbeiter Teil einer bewussten Kolonialisierungs- und Unterwerfungsstrategie ist.⁴¹ Damit neigt sich der harte Assimilationskurs, den Wilders anfangs noch vertrat – gegen den Islam, aber nicht gegen Muslime –, immer mehr einem Kurs der totalen Ablehnung zu.⁴² Der Affekt „gegen den Islam“ firmiert aber auch in Deutschland als das stärkste Mobilisierungsmotiv seit langem, vielleicht seit der Asyldebatte in Deutschland Anfang der 1990er Jahre, deren anfängliche Ungelöstheit der Partei Die Republikaner um Franz Schönhuber kurzfristig Auftrieb beschert hatte. Freilich gibt es hier auch reale Versäumnisse, die in einer fehlenden Integration, hohen Kriminalität und der Bildung von Parallelgesellschaften, besonders im Segment der muslimischen Zuwanderer, nachweisbar sind.

Zersplitterung und Hemmnisse des deutschen Rechts-außen-Lagers

Das Rechts-außen-Lager in Deutschland zeichnet sich trotz der Gelegenheitsstrukturen durch wenig Konstanz aus, vielmehr ist es durch Zersplitterung geprägt. Selbst Experten fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Fusionsprozesse (nun zwischen NPD und DVU), Abspaltungen und Neugründungen sind die Regel, nicht die Ausnahme. Immer wieder verbergen sich dabei altbekannte Namen, etwa innerhalb von *Pro*. Das gilt auch für die geplante Neugründung einer Partei namens „Die Rechte“, die entgegen ihres

³⁹ So Markus Beisicht auf <http://www.pro-nrw.net/?p=1651> (abgerufen am 26. September 2012).

⁴⁰ Vgl. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integrationsthesen-sarrazin-debatte-bringt-pro-deutschland-neue-mitglieder-a-715089.html> (abgerufen am 26. September 2012).

⁴¹ Bat Ye'ors Theorie läuft darauf hinaus, dass europäische und arabische Politiker nach der Ölkrise des Jahres 1973 mittels einer neu gegründeten Organisation namens Europäisch-arabischer Dialog vereinbart hätten, dass arabische Immigranten im Tausch gegen Öl und den Schutz vor terroristischen Anschlägen in großen Mengen nach Europa kommen und ihren Glauben verbreiten durften. Die wichtigsten Werke von Bat Ye'or sind *Eurabia. The Euro-Arab Axis*, New York 2005 und *Islam and Dhimmitude: Where Civilizations Collide*, New York 2001.

⁴² Vgl. das brillante Porträt von Koen Vossen zu Geert Wilders und seiner ideologischen Entwicklung bzw. Radikalisierung Koen Vossen: *Vom konservativen Liberalen zum Nationalpopulisten*, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.): *Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich*, Münster 2011, S. 77-103.

harmlosen Namens ein Projekt aus dem rechtsextremistischen Lager ist. Ihr Bundesvorsitzender im Gründungsvorstand, Christian Worch, ein überzeugter Rechtsextremist und Holocaust-Leugner, der sich seit 35 Jahren in der braunen Szene engagiert. Worch zählt zu den erfahrensten Funktionären des rechtsextremen Lagers der Bundesrepublik. „Die Rechte“ baut auf den Trümmern der DVU auf.⁴³ Sie ist auch eine Reaktion auf die von der NPD vorangetriebene und letztlich gescheiterte Einigungsstrategie unter dem mittlerweile abgelösten Udo Voigt, der einst den „Kampf um die Straße, Köpfe, Parlamente, später auch um den organisierten Willen“ ausgerufen hatte.⁴⁴

Pro Deutschland steht nicht nur in Konkurrenz zu diesem Projekt „Die Rechte“. Besonders drastisch zeigte sich das an den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September 2011. Die Pro-Partei konkurrierte mit diversen Gruppierungen. Das schwache Ergebnis ist auch darauf zurückzuführen, dass mit der Partei „Die Freiheit“ um René Stadtkewitz eine Partei mit ähnlicher programmatischer Ausrichtung auf dem Wahlzettel stand, ebenso die neu gegründete Deutsche Konservative Partei. Die bereits zerfallende „Freiheit“ kam auf exakt 1 Prozent⁴⁵, *pro Deutschland* kam auf 1,2 Prozent, die rechtsextremistische NPD auf 2,2 Prozent. Zudem schaffte es die Piratenpartei, die in Teilen Protest aufsog, mit fast 9 Prozent in das Parlament. „Die Freiheit“ ist wie die Pro-Bewegung ganz auf das Thema „Anti-Islam“ ausgelegt, mit Bedrohungsszenarien vor dem „Islam mit all seinen Facetten“. Stadtkewitz spricht wie sein Vorbild Geert Wilders, den er nach Berlin eingeladen hatte⁴⁶, vom Islam als einer totalitären Ideologie. *Pro Deutschland* um Manfred Rouhs hatte vor den Berliner Wahlen versucht, die Führung der „Freiheit“ von einem gemeinsamen Antritt zu überzeugen, was diese mit dem Verweis auf das rechtsextreme Vorleben zentraler Pro-Akteure und aufgrund inhaltlicher Differenzen stets abgelehnt hatte.⁴⁷

Genau das ist der neuralgische Punkt an der Pro-Bewegung. Weil der Populismus hierzulande in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muss, entwickeln die Medien ihm

⁴³ Vgl. Simon Forster: *Die Rechte. Zur Gründung einer neuen rechtsextremen Partei, Berlin, 15. August 2012, Online-Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.kas.de/wf/doc/kas_31869-544-1-30.pdf?120816161021 (abgerufen am 26. September 2012).*

⁴⁴ Vgl. Eckhard Jesse: *Biographisches Portrait: Udo Voigt, in: Extremismus & Demokratie, 18 (2006), S. 207-219.*

⁴⁵ Lediglich in einem Stimmbezirk in Pankow-Heinersdorf, wo der Vorsitzende René Stadtkewitz wegen eines lange anschwelenden lokalen Konflikts um den Neubau einer Moschee Sympathien in Teilen der Bevölkerung erwarb, konnte „Die Freiheit“ Zweitstimmenergebnisse von knapp 9 Prozent erreichen.

⁴⁶ Seine islamkritische Haltung führte dazu, dass der ehemalige Berliner CDU-Abgeordnete René Stadtkewitz zuerst aus der CDU austrat, später am 7. September 2010 aus der Fraktion per einstimmigem Beschluss ausgeschlossen wurde. Dieser Schritt stand in direktem Zusammenhang mit dem Wunsch, den niederländischen Islamkritiker und Politiker Geert Wilders zu einer Veranstaltung unter dem Titel „Der Islam als Integrationshindernis“ einzuladen.

⁴⁷ Vgl. Florian Hartleb: *Die Freiheit, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien, Wiesbaden 2012, i.E.*

gegenüber Berührungsängste, die einen unbefangenen Umgang verbieten und die Rechtsparteien der ständigen Gefahr aussetzen, in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt zu werden.⁴⁸ Aufgrund ihrer Verflechtungen mit dem disparaten rechtsextremistischen Spektrum kann die Pro-Bewegung keine glaubwürdige Alternative sein. Es fehlt auch an einer überzeugenden Führungsfigur, die etwa im Fernsehen präsentabel ist, wie einst, aber auch nur einmalig der Republikaner Franz Schönhuber. Schönhuber blamierte in einer Late-Night-Show Thomas Gottschalks auf RTL im Jahr 1992 den beliebten Talkmaster, was seine Zustimmungsraten spürbar erhöhte. Dieses Ergebnis konnte jedoch nicht wiederholt werden, weil er nicht mehr zu den Sendungen eingeladen wurde.⁴⁹ Innerhalb von *Pro* gibt es keine solche „schillernde“ Figur. Manfred Rouhs selbst strahlt kein Charisma aus.

Untereinander herrscht zudem Misstrauen durch personelle Querelen, programmatisch-strategische Differenzen und fehlende elektorale Perspektiven. Während es in anderen Ländern gelungen ist, verschiedene Stränge des politischen Protests zu einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, verlaufen diese in der Bundesrepublik in Gestalt mehrerer Parteien nebeneinander, die sich bei Wahlen ihre Stimmen gegenseitig wegnehmen. Historisch und aktuell zeigt sich die Vielzahl solcher Gruppierungen jenseits der rechtsextremistischen Parteien NPD und DVU in folgenden Parteien: „Die Rechte“, „Bürger in Wut“⁵⁰, die Pro-Bewegung, Republikaner, „Bremen muss leben“ um Joachim Siegerist, „Bündnis Arbeit, Familie und Vaterland“ um den einstigen sächsischen CDU-Landtagsabgeordneten Henry Nitzsche, früher der „Bund Freier Bürger“ und die „Schill-Partei“ und „Die Freiheit“ des Berliner Wilders-Sympathisanten René Stadtkewitz. Die unbedeutende „Freiheit“ will auch weiterhin nicht mit *Pro* kooperieren. Die Partei erklärt unmissverständlich: „Daher muss es unser Ziel sein, alle demokratischen Kräfte von Pro zu uns zu holen, zu diesen Gruppen aber großen Abstand zu halten. Daher auch noch einmal die einstimmige Bestätigung des Beschlusses, jede Zusammenarbeit mit Pro mit einem Parteiausschlussverfahren zu ahnden.“⁵¹

⁴⁸ Vgl. Frank Decker: *In Hitlers Schatten*, in: *Die Zeit*, 24. Februar 2005, S. 6.

⁴⁹ Vgl. Frank Decker/Florian Hartleb: *Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik*, in: Frank Decker (Hrsg.): *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, S. 191-215, hier S. 200-202.

⁵⁰ Nach einer längeren Aufbau- und Findungsphase nahm die Partei erstmals bei der Bürgerschaftswahl 2007 in Bremen an Wahlen teil. Nach einer angeordneten Nachwahl konnte sie mit Jan Timke, einst Aktivist in der Schill-Partei, über Bremerhaven in die Bürgerschaft einziehen. Dort hat sie sich auch wegen Jan Timke, der 2011 wieder einzog, verankert, obwohl sie nur wenige Mitglieder aufweist. Insgesamt hat die Partei rechtskonservative und rechtspopulistische Einsprengsel, mit einem Schuss deutschen Patriotismus, erkennbar etwa an der Forderung, die deutsche Sprache gegen Anglizismen zu stärken. Rechtspopulistische Haltungen werden aber weniger radikal – auch mit Blick auf Ressentiments – vorgetragen, als es für diese Parteienfamilie typisch ist. Vgl. Florian Hartleb: *Bürger in Wut*, in: Frank Decker/Viola Neu (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Parteien*, Wiesbaden 2012, i.E.

Als weiteres Hemmnis für eine Bündelung des Rechts-außen-Lagers kann auch die föderale Struktur ausgemacht werden. So wird über Protestbewegungen gegen Moscheebauprojekte in Berlin, Köln oder München mitunter auch überregional berichtet, doch gelingt es ihnen deswegen noch lange nicht, sich von der jeweiligen lokalen Aufmerksamkeit zu einem Bündnis mit bundesweiter Schlagkraft zu entwickeln. Unter diesen Bedingungen wird es auch der *Bürgerbewegung pro Deutschland* nicht gelingen, zum Flugschiff der Rechtspopulisten zu werden.

⁵¹ Vgl. <http://diefreiheit.org/home/2012/09/warum-die-freiheit-mit-der-pro-bewegung-nicht-zusammenarbeiten-will/> (abgerufen am 26. September 2012).